

Beschluss

„Für einen zukunftsfähigen Haushalt der Europäischen Union“

Der Kompromiss über die Finanzplanung 2007 - 2013 für die EU auf dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs im Dezember 2005 wurde zu recht vom Europäischen Parlament zurückgewiesen, da er nicht genügt hätte, um die vor der EU liegenden Aufgaben zu finanzieren. Dazu gehören die solidarische Integration der neuen Mitgliedstaaten, Lösungen für die Probleme des Klimawandels und die Gestaltung eines sozialen Europas – um nur einige wichtige Punkte zu nennen. Die Zukunftsfähigkeit der EU wird dadurch in Frage gestellt, dass die Europäische Staatsquote auf das Niveau von vor dem Vertrag von Maastricht gesenkt und die Dominanz der Agrar- und Strukturausgaben zu Ungunsten der Ausgaben für nachhaltige Entwicklung, Forschung, Bildung, Jugend, Kultur und Außenpolitik in der Haushaltsstruktur festgeschrieben wurde. Hinzu kommt eine Inflation von nationalen Sonderregelungen für die Ausgabenprogramme sowie bei der Finanzierung des EU-Budgets mit einer Vielzahl von Rabatten für fünf Mitgliedstaaten, durch die der Gemeinschaftsansatz durchlöchert wird. Beides wird neue Probleme im Integrationsprozess verursachen.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollen die Zukunftsfähigkeit Europas stärken. Damit wird auch die Zukunftsfähigkeit Deutschlands gestärkt.

Die BAG Europa:

- hält den vom Rat eingeschlagenen Weg der Einigung auf Basis von Ausnahmen und Sonderregelungen für unsolidarisch und kontraproduktiv im Sinne gemeinschaftlicher, zukunftsorientierter Haushaltspolitik;
- kritisiert, dass die Finanzierung des Haushalts durch die Beschlüsse des Europäischen Rates
 - noch intransparenter wird,
 - die Bruttobelastung (relativ zum Volkseinkommen) zur Finanzierung des EU-Haushalts für ärmere Staaten zukünftig wesentlich höher ist als für einige reiche Staaten, weil diese Ungleichbehandlung die Solidarität in der EU untergräbt,
 - das Rabattvolumen durch eine Vielzahl von Sonderregelungen zugunsten von fünf Staaten auf über 60 Mrd. Euro in der Periode 2007-2013 steigen wird und sich Großbritannien weiter nur teilweise an der Finanzierung der EU-Erweiterung beteiligt,
 - eine aus Demokratie- und Transparenzgründen wünschenswerte Eingliederung des Europäischen Entwicklungsfonds in der EU-Haushalt weiterhin blockiert wurde;
- stellt klar, dass die Nettosalde kein Maßstab für die Nutzen der Mitgliedschaft in der EU sind;
- hält es für überfällig, konkrete Schritte zu unternehmen, um für die Zukunft ein Finanzierungssystem einzuführen, das auf wirklichen Eigenmitteln beruht und widerspiegelt, dass die EU eine Union nicht nur der Staaten, sondern auch der Bürgerinnen und Bürger ist. Die BAG Europa hält deshalb eine aufkommensneutrale Reform der EU-Finanzierung mit Einführung einer autonomen Finanzierungsquelle der EU für angebracht. Für diese könnte ein Punkt der Mehrwertsteuer, ein Teil einer harmonisierten Energiesteuer (als Grundlage böte sich an, einen Teil der Mineralölsteuer zu wählen, deren Mindestsätze bis 2010 in der EU harmonisiert sein werden) oder eine in der Bemessungsgrundlage harmonisierte Körperschaftsteuer in Frage kommen. Jede dieser Optionen

könnte durch eine Flugmaut ergänzt werden. Die neue Finanzierung würde einen entsprechenden Teil der Beiträge der Mitgliedstaaten auf Basis des Bruttonationaleinkommens ersetzen;

- fordert den Bundesvorstand und die Grüne Fraktion im Bundestag auf, die Grüne Fraktion im Europäischen Parlament in ihrem Bemühen zu unterstützen, die finanzielle Ausstattung der Politikbereiche nachhaltige Entwicklung, Forschung, Bildung, Jugend, Kultur sowie Außenpolitik (vor allem für das Programm zur Nachbarschaftspolitik) zu verbessern und die Flexibilität im Haushalt zu erhöhen, da insbesondere in diesen Themenfeldern gemeinsames europäisches Handeln einen großen Mehrwert gegenüber nationalem Handeln aufweist. Dabei kommt es wesentlich darauf an, für mehr Transparenz und Bürgernähe der Programme zu sorgen;
- hält es für notwendig, die EU-Direktbeihilfen an Landwirte im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik kontinuierlich zu senken. Dies könnte flankiert werden durch die Einführung einer nationalen Kofinanzierung. Eine solche Umstrukturierung würde der Tatsache gerecht, dass die Wirkungsräume der Agrarpolitik (z.B. Kulturlandschaftsförderung und Natur- und Umweltschutz) zunehmen regional und national sind;
- ersucht den Bundesvorstand und die Grüne Fraktion im Bundestag, die Bundesregierung aufzufordern, eine eigenständige Position des Europäischen Parlaments als der direkt gewählten Vertretung der europäischen Bürgerinnen und Bürger im Verhandlungsprozess über den mehrjährigen Finanzrahmen zu respektieren und konstruktiv dazu beizutragen, eine Einigung zwischen Rat, Parlament und Kommission herbeizuführen;
- ersucht den Bundesvorstand und die Grüne Fraktion im Bundestag, die Bundesregierung aufzufordern, während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft einen konkreten Fahrplan für eine Änderung der EU-Finanzierung einschließlich der Einführung einer autonomen Finanzierungsquelle der EU aufzustellen. Die Europäische Kommission sollte zur Mid-termreview 2008 sowohl die Einnahmen- wie auch Ausgabenseite grundlegend evaluieren und Wege einer reformierten Haushaltspolitik aufzeigen, über die dann das neu gewählte EP 2009 entscheiden müsste;
- schlägt dem Bundesvorstand, der Grünen Fraktion im Bundestag und der Grünen Fraktion im EP vor, während der deutschen Präsidentschaft einen Kongress über eine zukunftsfähige Reform der europäischen Finanzen zu veranstalten, um im Prozess der 2008 geplanten Überprüfung des Finanzrahmens 2007-2013 eine grüne Position für ein zukunftsfähiges und nachhaltiges EU-Budget zu verankern.